

# Fremdenfeindliche Gewalt im Osten - Folge der autoritären DDR-Erziehung?

*Christian Pfeiffer*

Im Jahr 1990 wurde der Angolaner Amadeu Antonio in einer brandenburgischen Kleinstadt von rechten Jugendlichen zu Tode geprügelt. Er war nach der Wende das erste Todesopfer fremdenfeindlicher Gewalt im Osten. Der letzte derartige Vorfall ereignete sich vor gut vier Wochen, als der Algerier Omar Ben Nari zu Tode kam, nachdem ihm 17 Jugendliche durch die Straßen der Kleinstadt Guben gehetzt hatten. Dazwischen liegen fast neun Jahre, in denen sich eines immer wieder von neuem gezeigt hat: Derartige Überfälle auf Ausländer ereignen sich im Osten pro 100.000 der Bevölkerung erheblich häufiger als im Westen. Im Jahr 1997 waren es in den neuen Bundesländern viermal so viel. Die Zahlen der Tatverdächtigen dürfen im Osten pro 100.000 der Bevölkerung sogar das Fünf- bis Sechsfache des Westniveaus betragen. Eine von dem Soziologen Helmut Willems im Auftrag des Bundesjugendministeriums durchgeführte Datenanalyse hat gezeigt, daß junge ostdeutsche Täter derartige Delikte fast durchweg aus Gruppen heraus begehen. Bei jungen Westdeutschen war das nur zu etwa der Hälfte der Fall.

Dabei müssen die fremdenfeindlichen Jugendlichen in den neuen Bundesländern oft richtig suchen, wenn sie ihre feindlichen Gefühle gegenüber einem Fremden ausleben wollen. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung beträgt dort nur 1,9 % gegenüber 10,5 % in den westlichen Bundesländern. Aus der Sicht der Betroffenen betrachtet ergibt sich für 1997, daß pro 100.000 Ausländer in den westlichen Bundesländern 2,5 Opfer fremdenfeindlicher Gewalt geworden sind; in den neuen Bundesländern waren es 61,2 - also 25 mal so viel.

Womit ist der gravierende Unterschied zu erklären, der sich zur Häufigkeit fremdenfeindlicher Gewalt im Ost-West-Vergleich ergibt? Und warum ist er im Laufe der letzten Jahre deutlich angewachsen? Am Tag nach dem Tode des Algeriers war von ostdeutschen Politikern erneut das zu hören, was sie auch bei früheren derartigen Anlässen gesagt haben: Solche Taten würden sich in den neuen Bundesländern deswegen öfter ereignen als im Westen, weil die jungen Menschen dort häufiger von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen seien und schlechtere Perspektiven hätten, sich aus eigener Kraft aus ihrer Misere herauszuarbeiten. Dieses Erklärungsangebot erscheint dann durchaus plausibel, wenn man erläutern will, warum im Osten pro 100.000 junge Deutsche fast doppelt so viel Tatverdächtige von Raub- und schweren Diebstahlsdelikten gezählt werden als im Westen. Aber kann die These auch im Hinblick auf reine Aggressionsdelikte überzeugen, die den Tätern in keiner Weise finanzielle Vorteile bringen? Dagegen spricht zunächst die Tatsache, daß das Risiko der Bürger, Opfer einer Körperverletzung oder eines vorsätzlichen Tötungsdeliktes zu werden, im Osten insgesamt gesehen etwas niedriger liegt als im Westen - und dies, obwohl es den Menschen in den neuen Bundesländern wirtschaftlich gesehen schlechter geht. Es sind nur die Ausländer, die im Osten häufiger Opfer von Aggressionsdelikten werden - und das gleich um das 25fache.

Zweifel an der sozialen Deprivationsthese ergeben sich aber auch deshalb, weil nach den Erkenntnissen der Polizei und der Forschung die große Mehrheit der fremdenfeindlichen

Täter nicht unmittelbar von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen ist. Wie Willems, Heitmeyer, Wagner und viele andere Wissenschaftler, die rechtsradikale Gewalt erforscht haben, übereinstimmend berichten, gehören die jungen Täter sowohl im Osten wie im Westen nicht zu den extremen sozialen Randgruppen. Allerdings sind auch Gymnasiasten oder Studenten selten unter ihnen zu finden. Ihr sozialer Standort ist meist dazwischen anzusiedeln, also im Milieu der Arbeiter, der Auszubildenden, der unteren Angestellten mit einem eher niedrigen Bildungsgrad.

Aber wenn es nicht so sehr der Frust über eine aktuelle Notlage ist, was erklärt dann, daß die Jugendlichen und Heranwachsenden im Osten so viel häufiger Ausländer überfallen? Die Gegenthese lautet: Hauptursache ist die autoritäre Erziehung in den Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Jugendorganisationen der DDR. Viel zu früh und für viel zu lange Zeit seien bereits die Kleinkinder von ihren familiären Bezugspersonen getrennt worden und in den Erziehungsinstitutionen ständig einem hohen Anpassungsdruck an die Gruppe ausgesetzt gewesen. Hans-Joachim Maaz, DDR-Psychiater und Psychotherapeut, hat bereits in seinem 1990 erschienenen Buch "Der Gefühlsstau" auf diesen Zusammenhang hingewiesen und damals prognostiziert, daß sich die so erzeugten emotionalen Probleme der DDR-Kinder und Jugendlichen später in aggressiven Ausbrüchen gegenüber Fremden und Schwächeren entladen werden. Gibt es für seine Analyse inzwischen empirische Belege oder zumindest klare Indizien?

Noch zu DDR-Zeiten hatten sich die Sozialwissenschaftler Karl Zwiener und Dieter Sturzbecher wissenschaftlich mit der Erziehung in DDR-Krippen und Kindergärten auseinandergesetzt. In ihren Veröffentlichungen aus den Jahren 1991 und 1992 bestätigen sie zunächst die Maaz-These, wonach etwa vier Fünftel der Kleinkinder spätestens mit zwölf Monaten in den Ganztagskinderkrippen gelandet sind. Man sei dort nur wenig auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingegangen und habe zu wenig Raum für deren individuelle Entfaltung gelassen: Der Tagesablauf folgte relativ starren Regeln. Die Erzieherinnen und Erzieher dominierten, bestimmten Zeitpunkt und Art der kindlichen Spiele. Man ging nicht vom individuellen inneren Zustand des Kindes, seinem Erleben, seinem Entwicklungsstand aus, sondern von für alle Kinder gleichgeltenden Erziehungszielen. Auch engagierte Kindergärtnerinnen konnten daran offenbar wenig ändern, weil schlicht das Personal fehlte, um sich dem einzelnen Kind intensiver zuwenden zu können. Natürlich haben viele Eltern und Großeltern versucht, an Abenden, Wochenenden und während des Urlaubs den institutionellen Mangel an persönlicher Zuwendung auszugleichen. Aber auch das ist oft nicht gelungen, weil es, worauf der Ostberliner Sozialwissenschaftler Kühnel aufmerksam gemacht hat, in DDR-Familien besonders häufig Trennungs- und Scheidungskonflikte gab. Viele DDR-Kinder sind deshalb emotional nicht satt geworden an beständiger und Stabilität verleihender Zuwendung durch feste Bezugspersonen.

Margot Honecker, die Jugendministerin der DDR wird das nicht gestört haben, weil für sie die Einordnung in die Gruppe und nicht die freie Entfaltung der individuellen Persönlichkeit das oberste Erziehungsziel war. Kinderkrippen und Kindergärten wurden von ihr ausgezeichnet für vorbildliche Disziplin, Ordnung und Sauberkeit. Die DDR hat damit in der Kindererziehung an die Tradition des preußischen Obrigkeitsstaates angeknüpft, dem es ebenfalls primär darum gegangen ist, die Kinder und Jugendlichen zu guten Untertanen und nicht zu mündigen Bürgern zu erziehen.

Hinzu kam noch ein Aspekt, auf den die Hildesheimer Erziehungswissenschaftlerin Christel Hopf in einer demnächst erscheinenden Studie zur Ausländerfeindlichkeit von Jugendlichen in den neuen Bundesländern hinweist. In der DDR hat man die Kinder und Jugendlichen

ständig mit einem idealisierten Bild der eigenen Welt überzogen und gleichzeitig für die offenkundigen Mängel und Alltagsprobleme des Systems immer wieder den äußeren Feind verantwortlich gemacht. Bereits von den Kindergärtnerinnen verlangte Margot Honecker in ihren Richtlinien für die Arbeit mit Kindern die Erziehung zum Feindbild. Noch deutlicher wurde das im Standardwerk der DDR für Lehramtsprüfungen bis zum Jahr 1990 den zukünftigen Lehrern ans Herz gelegt: "Die Schüler müssen den Feind durchschauen und ihn überall entlarven können. Auf diese Weise entstehen politisch-ideologische Wertorientierungen, die Haß gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung einschließen. Die Heranwachsenden müssen lernen, feindliche Auffassungen zu erkennen und zu bekämpfen."

Die entscheidende Frage ist mit dieser Skizzierung von pädagogischen Einflußfaktoren, denen ein großer Teil der ostdeutschen Jugendlichen ausgesetzt war, noch nicht geklärt: Welcher Zusammenhang besteht zwischen einem derartigen Erziehungsstil und der Entstehung von fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen? Antworten darauf haben viele gegeben: Theodor W. Adorno ebenso wie Alice Miller und Hans-Joachim Maaz oder zuletzt Christel Hopf in ihrer demnächst erscheinenden Studie. Gemeinsam ist den genannten Autoren eine These: Wer in Kindheit und Jugend einer autoritären Gruppenerziehung ausgesetzt ist und zu wenig an individueller Zuwendung und Förderung erfährt, ist in der Entwicklung eines gelassenen Selbstvertrauens behindert. Im Vergleich zu einem jungen Menschen, dem in seiner Sozialisation bessere Chancen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit geboten wurden, wird er Fremde viel eher als bedrohlich erleben und als Feinde definieren. Wenn er dann noch erlebt, daß die Schuld an Mißständen der eigenen Welt ständig einem externen Sündenbock zugeschrieben wird, verstärkt dies die Neigung, selber später nach diesem Muster zu verfahren. Wer die Schülerinnen und Schüler zum Haß auf den politischen Gegner aufruft, darf sich nicht wundern, wenn solche Feindbilder später auf alles Fremde übertragen werden.

Damit soll nicht gesagt werden, daß alle Kinder und Jugendlichen der DDR entsprechend geprägt worden sind. So hat es zum Glück in der DDR soziale Nischen gegeben, in denen ein anderer Erziehungsstil praktiziert wurde. Ein Schutzfaktor konnten ferner intakte Familien sein, wenn sie sich engagiert darum bemüht haben, das auszugleichen, was die staatliche Erziehung an Problemen geschaffen hat. Zudem gab es offenkundig auch Kindergärtnerinnen und Lehrer, die Wege gefunden haben, den Anpassungsdruck und die Feindbildorientierung zumindest teilweise von den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen fernzuhalten. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß die DDR-typische Erziehung in der Gruppe für die Betroffenen die Risiken extremer Gewalterfahrungen reduziert hat. Eine von unserem Institut im Jahr 1992 durchgeführte Repräsentativbefragung von Bürgern aus Ost- und Westdeutschland hat gezeigt, daß Kinder und Jugendliche in der DDR im Vergleich zu denen aus Westdeutschland seltener elterlichen Mißhandlungen wie auch sexuellem Mißbrauch ausgesetzt waren.

Diese Einschränkungen ändern allerdings nichts an dem bisher entwickelten Gesamtbild. Die vom Partei- und Staatsapparat der DDR gesteuerte Kinder- und Jugenderziehung hat im Vergleich zu der pluralistischen und mehr familienorientierten Erziehungswelt des Westens weit stärker Einflußfaktoren gesetzt, die sich in einer Verunsicherung des Individuums und einer hohen Anpassungsbereitschaft an Gruppen sowie in einer höheren Ausländerfeindlichkeit auswirken. Für diese These gibt es eine Reihe von empirischen Belegen.

- Sozialwissenschaftliche Untersuchungen aus der Zeit kurz nach der Wende zeigen, daß bereits 1990 ein beachtlicher Anteil der Jugendlichen in der DDR ausländerfeindlich war. Beispielsweise stimmten 1990 in einer Befragung, die vom ZIJ Leipzig und vom Deutschen Jugendinstitut München durchgeführt wurde, 42 % der Jugendlichen aus der DDR der Aussage zu "Mich stören die vielen Ausländer bei uns", im Westen waren es 26 %.
- Der Polizeilichen Kriminalstatistik läßt sich entnehmen, daß die im Vergleich zum Westen in den neuen Bundesländern etwa doppelt so hohe Belastung der 14- bis 21jährigen Deutschen mit Raubdelikten und schweren Diebstählen primär die Folge davon ist, daß sie derartige Straftaten weit häufiger als ihre westdeutschen Alterskollegen aus Gruppen begehen. Diese Jahr für Jahr erneut bestätigte Besonderheit hat sich auch gezeigt, als wir im Jahr 1998 in west- und ostdeutschen Städten Repräsentativbefragungen von Schülerinnen und Schülern neunter Klassen durchgeführt haben. Junge Gewalttäter aus Leipzig gaben zu 55 % an, daß sie ihre Taten aus Gruppen begangen hatten, in Stuttgart waren das nur 20 %. Die Devise: "Allein bin ich schwach, aber in der Gruppe sind wir stark", scheint auch noch acht Jahre nach dem Untergang der DDR das Verhalten der dort lebenden Jugendlichen zu prägen. Die Tatsache, daß rechte Gruppen mit ihrer Botschaft eines solidarischen Kampfes gegen den von außen kommenden Feind besonders für ostdeutsche Jugendliche hohe Anziehungskraft entfalten, findet hier eine plausible Erklärung.
- Eine 1997 vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Repräsentativbefragung von 2.400 16- bis 29jährigen in Ostdeutschland und 4.400 Gleichaltrigen in Westdeutschland hat gezeigt, daß ausländerfeindliche Orientierungen nach wie vor in den neuen Bundesländern häufiger anzutreffen sind. So stimmten im Osten 19 % der Aussage zu "Es wäre am besten, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden", im Westen waren es 7 %. Insgesamt gesehen wiesen 36 % der im Osten Befragten bei ihren Antworten eine hohe Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit auf gegenüber 18 % im Westen.
- In ihrer oben erwähnten Studie sind Christel Hopf und ihre Mitarbeiter kürzlich zu einer weitgehenden Bestätigung der Thesen gelangt, die Hans-Joachim Maaz Anfang der 90er Jahre aufgestellt hatte. Auf der Basis einer systematischen Analyse des gegenwärtigen Forschungsstandes und eigener qualitativer Interviews mit ostdeutschen Jugendlichen gelangen sie zu der Einschätzung, daß die in der DDR aufgewachsenen Kinder durch frühe Trennungen und einen Mangel an individueller Zuwendung emotional stark belastet waren und zu wenig Gelegenheit hatten, mit diesen Problemen konstruktiv umzugehen. Die Verunsicherung der Kinder und Jugendlichen sei ferner mit dem Zusammenbruch der DDR weiter erhöht worden, weil dadurch eindeutige Sicherheiten und Gewißheiten des totalitären Zentralstaates verloren gingen. "An die Stelle von Überschaubarkeit und Geborgenheit durch staatlich festgelegte Lebenswege trat die komplexe Unübersichtlichkeit des vereinigten Deutschlands und der Zwang zu individuellen Entscheidungen bezüglich der Lebensplanung." Als Folge sehen die Erziehungswissenschaftler eine

Bewältigungsstrategie, die eigene Unsicherheiten wegschiebt und Ausländer als Sündenböcke wählt.

In den letzten Wochen hatte ich oft Gelegenheit, mit Ostdeutschen über diese Thesen und die empirischen Befunde zu diskutieren. Einer meiner Gesprächspartner brachte folgenden Einwand: "Die Angreifer des Algeriers in Guben waren beim Untergang der DDR erst sieben bis zehn Jahre alt. Ihr heutiges Verhalten kann man doch nicht mehr der Margot Honecker und ihrem Erziehungssystem in die Schuhe schieben." Wirklich nicht? Zum einen ist zu beachten, daß gerade die Erfahrungen in der Kindheit für die Persönlichkeitsentwicklung prägend sind. Zum anderen ist zu bezweifeln, daß der DDR-typische Erziehungsstil sofort mit der Wiedervereinigung verschwunden ist. Es waren danach doch weitgehend dieselben Lehrer und Erzieher tätig wie vorher. Vor allem aber ist zu beachten, daß Kinder und Jugendliche in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Ausländern auch von dem geprägt werden, was ihnen ihre Eltern und andere Erwachsene dazu vorleben. Eine gerade im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführte Untersuchung des sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg hat dazu einen interessanten Befund erbracht. Im Vergleich zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Sachsen-Anhalt hat von den ab 27jährigen Befragten ein deutlich höherer Anteil fremdenfeindliche Einstellungen offenbart. Die Autoren gelangen deshalb zu dem Schluß, daß Jugendliche, die im Osten fremdenfeindliche Gewalttaten begehen, sich durchaus als Vollstrecker einer weit verbreiteten Volksmeinung verstehen können.

Damit soll freilich nicht behauptet werden, daß die Erziehung in der DDR allein dafür verantwortlich zu machen ist, daß sich ausländerfeindliche Gewalttaten im Osten weit häufiger ereignen als im Westen. Christel Hopf macht zu Recht auf eine andere Besonderheit der DDR aufmerksam, die abgeschwächt auch heute noch besteht. Die Kinder und Jugendlichen in der DDR wuchsen in einer abgeschotteten, ethnisch homogenen Welt auf, in der es kaum Ausländer gab. Die gegenüber Fremden entstandenen Vorurteile konnten so nie durch Alltagserfahrungen überprüft und abgebaut werden. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Unter 2.000 von uns befragten Neuntklässlern aus Leipzig gab es beispielsweise nur einen einzigen türkischen Jugendlichen. Selbst der seit 1989 mögliche Urlaub am Strand einer türkischen Insel kann dieses Defizit an Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen nicht wettmachen.

Und schließlich verdient ein Aspekt der im Osten hoch ausgeprägten Ausländerfeindlichkeit Beachtung, der deutlichen Bezug zur Gegenwart hat. Bei der DJI-Befragung aus dem Jahr 1997 haben 37 % der jungen Menschen aus den neuen Bundesländern folgender These zugestimmt: "Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken"; im Westen waren es 15 %. Die ausgeprägte Ost-West-Diskrepanz erscheint auch als Ausdruck der Tatsache, daß die jungen Menschen im Osten tatsächlich stärker durch Arbeitslosigkeit bedroht sind als ihre westdeutschen Alterskollegen. Auch wenn die ostdeutschen Täter fremdenfeindlicher Delikte ganz überwiegend nicht unmittelbar im sozialen Abseits stehen, haben sie doch häufiger Anlaß zur Sorge, dorthin zu geraten. Dieser in ihrer gegenwärtigen Lebenssituation begründete Aspekt darf nicht außer acht gelassen werden, wenn man die hohe Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern erklären will.

Ich habe kürzlich versucht, diese Argumente und empirischen Befunde in der Paulskirche von Magdeburg 1.200 ostdeutschen Besuchern eines Streitgespräches darzulegen. Bei der

überwiegenden Mehrheit der Zuhörer bin ich damit auf massive emotionale Ablehnung gestoßen. Die Orientierung der Kinder und Jugendlichen der DDR an Disziplin, Ordnung und Gruppenanpassung wurde von den meisten Rednern engagiert verteidigt. Auffallend war ferner, daß ihnen die von mir vorgetragenen Gedankengänge überwiegend völlig fremd schienen. Daran wird eines deutlich. Der breite Diskurs, der zu diesem Thema seit Jahren im Westen geführt wird, ist offenbar an der Bevölkerung der neuen Bundesländer fast spurlos vorübergegangen. Die Situation wirkt so, als hätten westdeutsche Anthropologen über ein fremdes Volk geforscht und dazu dann einen internen Diskurs geführt. Zwar sind sie mit ihren Erkenntnissen durchaus auch in die westdeutschen Medien gegangen. Aber SZ, FAZ, ZEIT und SPIEGEL werden im Osten kaum gelesen. Die wenigen ostdeutschen Experten, wie etwa Hans-Joachim Maaz oder Anetta Kahane, die unabhängig von den westdeutschen Kollegen zu ganz ähnlichen Einschätzungen gelangt sind, werden zwar im Westen hoch geachtet, finden aber bei ihren ehemaligen Landsleuten im Osten offenbar kaum Gehör.

Wird die aktuelle Diskussion daran etwas ändern können? Sie ist eher zufällig entstanden, weil ostdeutsche Zeitungen eine karikaturhaft verkürzte dpa-Meldung über den von mir erörterten Zusammenhang von Gruppenerziehung in DDR-Kindergärten und ausländerfeindlichen Gewalttaten abgedruckt hatten. Meine Sorge ist, daß sie nur einen kurzzeitigen emotionalen Effekt haben wird, wenn es nicht gelingt, sie stärker im Bewußtsein der Menschen im Osten zu verankern. Dies aber wird wohl kaum geschehen, so lange primär sogenannte Besser-Wessis die Träger der kritischen Botschaft sind. Prominente Bürger aus den neuen Bundesländern sind gefragt, die den Mut haben, das Tabu zu brechen und über ihre Erfahrungen und Einsichten mit dem Erziehungssystem der DDR zu sprechen. Wenn zum Beispiel Henry Maske, Katharina Witt, Friedrich Schorlemmer oder unsere Präsidentschaftskandidatin Dagmar Schipanski in die Debatte einsteigen würden, wäre viel gewonnen. "Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart", hat Altbundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner berühmten Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes formuliert. Und eindringlich hat er hervorgehoben, wie wichtig das ehrliche Erinnern für die Gestaltung des eigenen Lebens ist. Aber es geht nicht nur um das Verstehen der eigenen Sozialisationsgeschichte. Die Frage sollte dann auch gestellt werden, ob denn die heutige Erziehung von Kindern und Jugendlichen den oben dargestellten Erkenntnissen Rechnung trägt. Und es wäre zu erörtern, welche negativen Einflußfaktoren sich belastend auswirken können - ganz gleich, ob sie Relikte aus der DDR-Vergangenheit sind oder problematische Importe aus dem Westen.

Eine konkrete Hoffnung gibt es immerhin. Ostdeutsche und westdeutsche Bürger haben kürzlich in Berlin gemeinsam die Amadeu-Antonio-Stiftung ins Leben gerufen. Sie wird sich in beiden Teilen Deutschlands für eine Kultur der Toleranz einsetzen und möchte auch dazu beitragen, die Diskussion über die Entstehung von Ausländerfeindlichkeit zu fördern. Vielleicht gelingt es ja auf diesem Wege, breite Unterstützung einzuwerben und mit langem Atem dazu beizutragen, daß der Zusammenhang von autoritärer Erziehung und ausländerfeindlicher Gewalt in Ost und West erörtert werden kann.